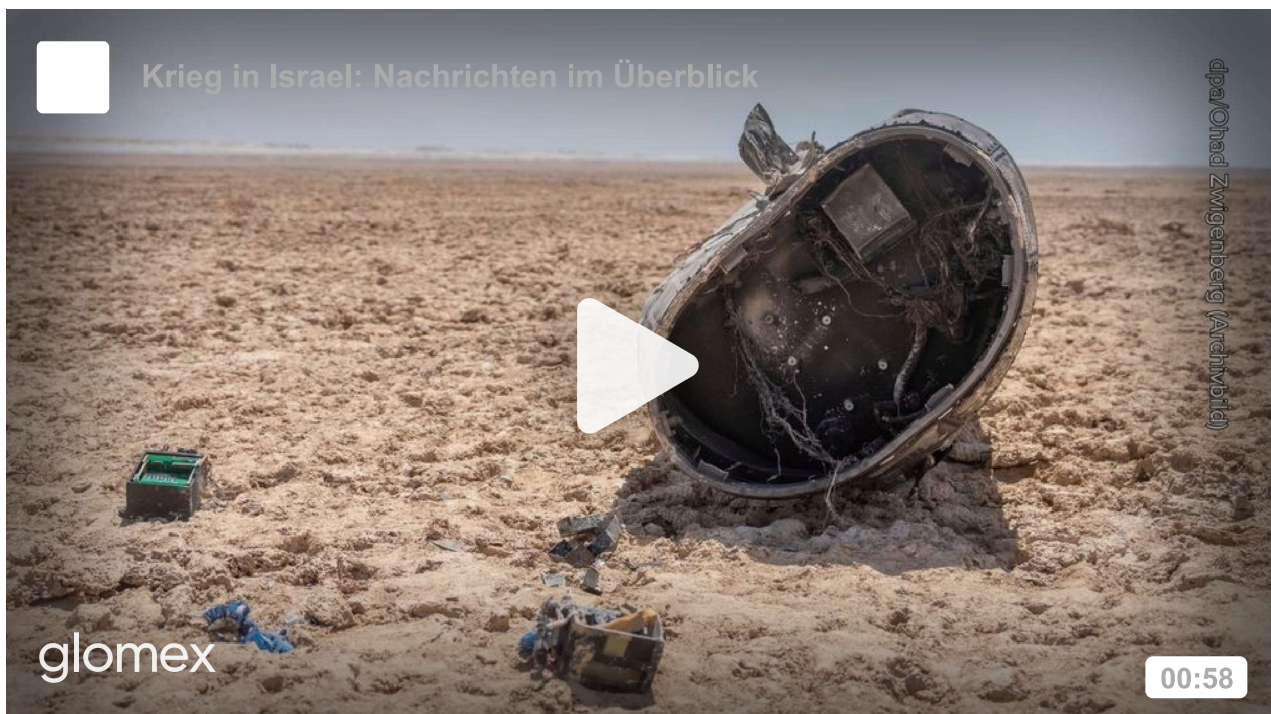


# Frankfurter Rundschau

Startseite › Politik

## Veto der USA: Keine UN-Vollmitgliedschaft für Palästina

19.04.2024, 10:40 Uhr



*Das erste Votum über die palästinensische UN-Vollmitgliedschaft seit mehr als zehn Jahren. Die USA blockierten mit Ansage. Der Iran nutzte die Bühne für Warnungen.*

Washington D.C. – Die Vereinigten Staaten haben am Donnerstag (18. April) als einziges Land gegen eine Resolution des [UN-Sicherheitsrats](#) gestimmt, die die Aufnahme der [palästinensischen Gebiete als vollwertiges UN-Mitglied](#) vorsieht. [Mit ihrem Veto](#) wurde die von Algerien im Namen der arabischen Staaten vorgeschlagene Maßnahme verhindert. Zwölf der 15 Ratsmitglieder stimmten dafür, während sich zwei, Großbritannien und die Schweiz, der Stimme enthielten.

US-Beamte hatten erklärt, dass eine Abstimmung für die Eigenstaatlichkeit jetzt die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden zwischen Israel und den Palästinensern untergraben würde, der zwischen den beiden Parteien ausgehandelt werden muss.

„[Präsident Biden](#) hat deutlich gemacht, dass ein dauerhafter Frieden in der Region nur durch eine Zweistaatenlösung erreicht werden kann“, sagte der US-Vertreter Robert Wood nach der Abstimmung. „Es gibt keinen anderen Weg, der Israels Sicherheit und Zukunft als demokratischer jüdischer Staat garantiert. Es gibt keinen anderen Weg, der garantiert, dass die Palästinenser in Frieden und mit Würde in einem eigenen Staat leben können.“

---

### The Washington Post vier Wochen gratis lesen

Ihr Qualitäts-Ticket der [washingtonpost.com](https://www.washingtonpost.com) : Holen Sie sich exklusive Recherchen und 200+ Geschichten [vier Wochen gratis](#) .

---

„Wir sind uns auch seit langem darüber im Klaren, dass eine verfrühte Aktion hier in New York, selbst mit den besten Absichten, keine Staatlichkeit für das palästinensische Volk erreichen wird“, sagte Wood.


## Einige UN-Staaten sehen USA in Verantwortung für das Leid des palästinensischen Volkes

Die überwiegende Mehrheit des Rates war anderer Meinung. Einige sagten, dass [die Vereinigten Staaten und ihre unerschütterliche Unterstützung Israels](#) die Verantwortung für die [anhaltende Agonie des palästinensischen Volkes](#) trügen. „Der heutige Einsatz des Vetos durch [die US-Delegation ist ein hoffnungsloser Versuch](#), den unvermeidlichen Lauf der Geschichte aufzuhalten“, sagte der russische Botschafter Vasily Nebenzya.

Das Ergebnis der Abstimmung, bei der sich Washington „praktisch in völliger Isolation befindet, spricht für sich selbst“, sagte er. Die Vereinigten Staaten

trügen „gemeinsam mit ihren israelischen Verbündeten die volle Verantwortung für den Tod Zehntausender palästinensischer Zivilisten“.

Die meisten anderen stimmten nicht mit der US-Analyse überein, dass eine palästinensische Staatlichkeit den [Frieden und die Stabilität in der Region](#) eher untergraben als fördern würde. Sie argumentierten, dass [Verhandlungen zwischen zwei so ungleichen Parteien](#), von denen die eine das Gebiet der anderen besetzt, niemals zu einer fairen Lösung führen könnten.

 Der stellvertretende Ständige Vertreter bei den Vereinten Nationen, Robert Wood (L, vorne), stimmt am 18. April 2024 im UN-Hauptquartier in New York gegen einen Resolutionsentwurf, der der 193 Mitglieder zählenden UN-Generalversammlung empfiehlt, den Staat Palästina als Mitglied der Vereinten Nationen aufzunehmen.

Der stellvertretende Ständige Vertreter bei den Vereinten Nationen, Robert Wood (L, vorne), stimmt am 18. April 2024 im UN-Hauptquartier in New York gegen einen Resolutionsentwurf, der der 193 Mitglieder zählenden UN-Generalversammlung empfiehlt, den Staat Palästina als Mitglied der Vereinten Nationen aufzunehmen. © Xinhua/Imago

Im Laufe der jahrzehntelangen [Ratssitzungen habe der Rat](#) „der palästinensischen Sache weitgehend wohlwollend gegenübergestanden“, sagte die Botschafterin von Guyana, Carolyn Rodrigues-Birkett. Aber „diese Sympathie hat nicht genügend politischen Willen erzeugt, um eine umfassende, gerechte und dauerhafte Lösung der palästinensischen Frage zu erreichen“. Stattdessen, so Rodrigues-Birkett, habe es „viele Pflaster auf die Symptome“ gegeben, ohne „die eigentliche Ursache des Problems anzugehen - die lange Verzögerung bei der Schaffung eines unabhängigen Staates Palästina.“

## **US-Veto mit Ankündigung: Abstimmung über palästinensische Gebiete ohne Aussicht auf Erfolg**

Das Ergebnis der Abstimmung stand von vornherein fest, da die Regierung Biden bereits im Vorfeld angekündigt hatte, dass sie ihr Veto gegen die Resolution einlegen würde. Für die Annahme der Resolution waren sowohl neun von 15 Stimmen als auch das Fehlen eines Vetos eines ständigen Mitglieds - zu dem neben den Vereinigten Staaten auch Großbritannien, Frankreich, Russland und China gehören - erforderlich. Die Regierung hatte bei den Mitgliedern darauf hingewirkt, mit Nein zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten, um so ein Veto zu vermeiden.

Die nicht ständigen Mitglieder des Rates vertreten regionale Länderblöcke und wechseln alle zwei Jahre. Diejenigen, die für die Resolution stimmten, waren: Slowenien, Sierra Leone, Südkorea, Mosambik, Malta, Japan, Guyana, Ecuador und Algerien, sowie Russland, China und Frankreich.

### **Großbritannien enthält sich bei Palästina-Votum: Zustimmung müsse „am Ende es Prozesses stehen“**

Doch selbst die engsten Verbündeten des Rates schlossen sich dem Veto der USA nicht an. Großbritannien begründete seine Stimmenthaltung damit, dass der Weg in eine neue Zukunft für die palästinensischen Gebiete „nicht ausschließlich unser Geschenk“ sei, „aber unsere Anerkennung eines palästinensischen Staates sollte ein Teil davon sein“.

„Wir glauben, dass eine solche Anerkennung der palästinensischen Staatlichkeit nicht am Anfang eines neuen Prozesses stehen sollte“, sagte die britische Botschafterin Barbara Woodward. „Aber sie muss auch nicht am Ende des Prozesses stehen. (...) Wir müssen damit beginnen, die unmittelbare Krise im [Gazastreifen](#) zu lösen“, während die internationale Gemeinschaft „zusammenarbeitet, um die neue palästinensische Regierung zu unterstützen, wenn sie dringend notwendige Reformschritte unternimmt und die Regierungsarbeit im Gazastreifen und im Westjordanland wieder aufnimmt“.





## Vor dem Krieg in Israel: Die Geschichte des Israel-Palästina-Konflikts in Bildern



[Fotostrecke ansehen](#)

Algerien, das die Resolution unterstützt hat, erklärte: „Wir werden diesen Kurs nicht aufgeben und nicht ruhen, bis das Ziel erreicht ist.“

### Palästinensische Autonomiebehörde argumentiert mit „Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben“

Die Abstimmung erfolgte nach einer leidenschaftlichen, tagelangen Debatte, an der nicht nur Ratsmitglieder, sondern auch nicht stimmberechtigte UN-Mitglieder teilnahmen, die sich angemeldet hatten, um ein Mitspracherecht zu haben. Mehrere von ihnen schickten ihre Außenminister. Viele argumentierten, dass ein Ja ein Zeichen setzen würde, auch wenn es nicht sofort zum Frieden führen würde.

Ziad Abu Amr, der Sonderbeauftragte des Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, und andere wiesen wiederholt darauf hin, dass dieselbe UN-Resolution von 1947, die letztlich zur Staatsgründung Israels führte, [auch die Gründung eines palästinensischen Staates](#) forderte. Die Verabschiedung der Resolution würde den Palästinensern die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben geben, „die sich in den vergangenen Jahren

aufgrund der Unnachgiebigkeit der israelischen Regierung verflüchtigt hat“, sagte er.

## **Botschafter Israels über palästinensische Voraussetzungen für UN-Mitgliedschaft: „Ein Witz“**

„Wie könnte die Gewährung der Vollmitgliedschaft des Staates Palästina in den Vereinten Nationen (...) die Aussichten auf Frieden zwischen Palästinensern und Israelis“ oder den internationalen Frieden beeinträchtigen, fragte Abu Amr. „Diejenigen, die sagen, dass die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch Verhandlungen und nicht durch eine UN-Resolution erfolgen muss, fragen wir erneut, wie der Staat Israel gegründet wurde.“

In einer wütenden Antwort bezeichnete Israels UN-Botschafter Gilad Erdan die Idee, dass ein „palästinensischer Nationalstaat“ die Kriterien für eine Mitgliedschaft erfülle, als „einen Witz“. Wenn die Resolution angenommen werde, so Erdan, sollte der Sicherheitsrat als „Terrorrat“ bezeichnet werden.

## **Israelischer Botschafter nennt UN-Treffen „größeren Preis für den Terror“ der Hamas**

Unter Hinweis auf die [Hamas-Angriffe auf Israel am 7. Oktober](#), die den [derzeitigen Krieg im Gazastreifen](#) auslösten, sagte Erdan, dass „die kindermordenden Hamas-Vergewaltiger diese Sitzung beobachten und lächeln. Es gibt keinen größeren Preis für den Terror als das heutige Treffen“.

## **140 von 193 UN-Staaten erkennen palästinensischen Gebiete bereits an: Spanien zieht nach**

Wäre die Resolution vom Rat angenommen worden, wäre die Angelegenheit an die UN-Generalversammlung weitergeleitet worden, wo zwei Drittel der 193 Mitgliedsländer zustimmen müssten. 140 UN-Mitglieder erkennen die

palästinensischen Gebiete bereits als Staat an - Spanien kündigte während der Debatte am Donnerstag seine Entscheidung an, das letzte Land zu werden.

Im Jahr 2012 wurden die palästinensischen Gebiete zum ständigen Beobachterstaat der Vereinten Nationen erklärt, mit dem gleichen Status wie der Vatikan. Eine Vollmitgliedschaft wurde jedoch seit mehr als zehn Jahren nicht mehr in Erwägung gezogen, da der Antrag in Erwartung eines Vetos der USA vor der Abstimmung zurückgestellt wurde.

## **Iran verteidigt in UN-Versammlung seinen Angriff auf Israel und fordert militärische Zurückhaltung**

Der Iran nutzte seine Zeit auf der Diskussionsbühne, um seinen Raketen- und Drohnenbeschuss Israels am vergangenen Wochenende als „legitime Verteidigung nach internationalem Recht“ zu verteidigen und forderte die internationale Gemeinschaft auf, Israel zu zwingen, „jedes weitere militärische Abenteuerertum gegen unsere Interessen einzustellen“.

Die militärischen Operationen des Irans „sind abgeschlossen“, sagte Außenminister Hossein Amir-Abdollahian. Sollte es jedoch zu Vergeltungsmaßnahmen oder weiterer Gewaltanwendung seitens Israels kommen, „wird der Iran nicht zögern, von seinem Recht Gebrauch zu machen, eine entschlossene und angemessene Antwort zu geben“, sagte er.

Amir-Abdollahian bezeichnete den iranischen Angriff als angemessene Reaktion auf den israelischen Luftangriff auf das Konsulat in Damaskus am 1. April, bei dem sieben Angehörige des Korps der Islamischen Revolutionsgarden sowie syrische Zivilisten getötet wurden.

*Michael Birnbaum hat zu diesem Bericht beigetragen.*

---

### **Zur Autorin**

**Karen DeYoung** ist Mitherausgeberin und leitende Korrespondentin für nationale Sicherheit bei The Post. In mehr als drei Jahrzehnten bei der Zeitung war sie als Büroleiterin in Lateinamerika und London sowie als